

Wie viel christliche Ethik oder Katholische Soziallehre verträgt die Politik?

Standortbestimmung und Desiderate im Blick auf Österreich

Der Titel meines Beitrags, der mir von den Organisatoren der Tagung vorgegeben wurde, ist bewusst provokativ formuliert, insofern sich in ihm die Frage nach der grundsätzlichen Politikverträglichkeit von christlicher Ethik, ja von Ethik bzw. Moral überhaupt, verbirgt.¹ Ich möchte mich dieser Provokation, die mir keineswegs zufällig scheint, stellen, indem ich zuerst einen Überblick über jene intellektuellen Positionen gebe, die sich prinzipiell gegen eine politische Ethik und damit auch eine christliche politische Ethik aussprechen. Vor diesem Hintergrund, der gleichsam eine Negativfolie darstellt, sollen – nach einer Kurzbeschreibung des österreichischen Kontexts – wesentliche Funktionen und Desiderate einer christlichen Ethik heute benannt werden.

1. Ist (christliche) Ethik grundsätzlich politik(un)verträglich?

Wenn der Titel pointiert nach der Politikverträglichkeit christlicher Ethik fragt, dann ist damit bereits angedeutet, dass diese keineswegs für alle und jederzeit selbstverständlich erscheint. Gilt nicht für die politische Ethik das selbe, was der österreichische Satiriker Karl Kraus einem Studenten geantwortet haben soll, der Wirtschaftsethik studieren wollte: Sie müssen sich wohl für eines von beiden entscheiden?

Dies zeigt sich zuerst einmal im Blick auf die Praxis, wo sich die Frage nach der Politikverträglichkeit christlicher Ethik bzw. der Katholischen Soziallehre u.a. vor dem Hintergrund der österreichischen Geschichte stellt. Das ständestaatliche Experiment der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts nahm bekanntlich die Katholische Soziallehre für sich in Anspruch. Auch wenn dies durch Intention und Text der Enzyklika *Quadragesimo anno* nicht gedeckt war,² so wirkt die Erinnerung daran doch bis heute politisch nach, wenn auch zunehmend schwächer. Doch dies ist hier nicht mein Thema.

In der politischen Theorie stellt sich seit der Antike die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Ethik und Politik gibt. Denn der Blick auf die geschichtliche Realität zeigt offenkundig, dass die Spannung zwischen dem

Politischen und dem Ethischen oder Moralischen besonders groß ist. „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht“: diese optimistische Äußerung Hegels³ ist vor einem theologisch-eschatologischen Hintergrund eben noch nachvollziehbar. Ohne diesen erscheint Politik jedoch zuerst und vor allem als Verursacherin von Unterdrückung, Kriegen und Gemetzeln in der Geschichte, kurz von Inhumanität in allen ihren grausamen Formen. Erst vor diesem Hintergrund werden der Schrei nach Gerechtigkeit im Alten Testament und die Reich-Gottes-Botschaft des Neuen Testaments als Horizont der Botschaft Jesu überhaupt verständlich.

Von der Anerkennung der Diskrepanz zwischen politischer Realität und moralischen Prinzipien ist es nur ein Schritt zur Behauptung der grundsätzlichen Unvereinbarkeit von Ethik und Politik überhaupt. Es gibt eine Vielzahl von Autoren und entsprechenden Denkschulen, die diesen Schritt getan haben.

Dies gilt zuallererst für die Tradition des so genannten politischen Realismus, die in der Neuzeit auf Machiavelli zurückgeht. Ihre Wurzeln finden sich jedoch bereits in der klassischen Antike, z. B. bei Thukydides und im Sophismus. Im platonischen Dialog *Gorgias* setzt sich Sokrates mit seinen sophistischen Gegnern auseinander. Dort vertritt ein gewisser *Kallikles* die Position, dass die Natur (*physis*) selbst zeige, dass „sowohl bei den übrigen Tieren als auch bei ganzen Staaten und Geschlechtern der Menschen, das Gerechte so bestimmt ist, dass der Bessere über den Schlechteren herrsche und mehr habe [...] dem Gesetz gemäß, nämlich dem Gesetz der Natur.“ (*Gorgias* 482e-483e)

Gerechtigkeit als evolutionsbestimmtes *survival of the fittest* ist also keine neue Erfindung. Es stimmt jedoch nachdenklich, dass gegenwärtig evolutionäre Vorstellungen, die Moral und Ethik für überflüssig und verzichtbar halten, wieder an Boden gewinnen.⁴ Die evolutionäre Konkurrenz, die selektionsbedingt dem Stärkeren zum Durchbruch verhilft, führt dann dazu, in der Ethik eine „kollektive Illusion“ zu sehen.⁵

Machiavelli selbst lehnt eine ethische Betrachtung der Politik ab, weil die Kluft zwischen der politischen Realität und den ethischen Normen unüberbrückbar ist. Dies führe dazu, dass jener, der tut, was man sollte, „eher seinen Untergang als seine Erhaltung bewirkt“⁶, wie die gesamte Geschichte zeige. Eine Religion, die „mehr die demütigen und in Betrachtungen versunkenen Menschen verherrlicht als die Tatkräftigen [liefert] die Weltgeschichte den Bösewichtern aus [...]“⁷ Gerade eine christliche Politik widerspricht demnach einer an der Selbstbehauptung als oberstem Ziel ausgerichteten Politik.⁸

Mit anderer Begründung, aber vom Inhalt her ähnlich, argumentiert der Soziologe Niklas Luhmann in seiner Systemtheorie: Moralisches Handeln und ethische Überlegungen sind im Bereich des Politischen abzulehnen, da

sie der der Politik eigenen Machtrationalität widersprechen. Die angemessene Haltung des Ethikers gegenüber der Politik sei der Verzicht auf Einmischung. Einen positiven Beitrag können demnach weder die moralischen Bemühungen einzelner, noch ihre ethische Reflexion leisten.⁹ Jeder Versuch, mehr Gerechtigkeit, sei es durch individuelles Handeln oder durch Gestaltung von politischen Strukturen, zu verwirklichen, ist so zum Scheitern verurteilt. Wenn das einzig legitime Ziel der Politik Machtgewinn und -erhalt ist, und dies ist auch der Ansatz der meisten zeitgenössischen politikwissenschaftlichen Theorien, dann stellt sich in der Tat die Frage: wie viel Normen verträgt Politik, ohne sich ihrer eigenen Rationalität zu entfremden? Nun ist es ja tatsächlich so, dass die Komplexität in allen Lebens- und damit auch Politikbereichen es zunehmend erschwert, ethisch verantwortete Entscheidungen zu treffen. Daraus allerdings theoretisch den Schluss zu ziehen, dass dies grundsätzlich unmöglich ist, verschärft die Lage nochmals.

Differenzierter und für eine christliche Ethik weiterhin bedenkenswert, ist die Position Max Webers, der intensiv nicht nur über die Genese, sondern auch über die Geltung von Werten in der Politik reflektierte und mit seinem Anspruch auf Wertneutralität keineswegs die Relevanz von Werten leugnete. In *Politik als Beruf* formuliert er die bekannte Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik.¹⁰ Die Schrift stammt aus dem Jahre 1919 und trägt mit ihrem Pathos einen gewissen Zeitindex. Sie ist jedoch in der Radikalität ihrer Anfrage an jede Form von christlich motivierter Politik bis heute aktuell. Nach Weber ist die christliche Ethik, insofern sie sich am Evangelium orientiert, notwendig gesinnungsethisch ausgerichtet: „Der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim.“¹¹ Die Folgen seines Handelns kümmern ihn nicht. Diese Haltung ist nicht nur deshalb politisch gefährlich, weil sie – wie Weber richtig beobachtet – zu Extremen hin tendiert. Der Pazifist kann sich rasch in einen chiliastischen Propheten verwandeln, der zur letzten Gewalt aufruft. Das eigentliche Problem einer christlichen Ethik besteht jedoch darin, dass jede Art der Politik sich gewaltsamer Mittel bedienen (oder ihren Einsatz wenigstens potentiell für erlaubt halten) muss. Die Ethik der Bergpredigt, also die „absolute Ethik des Evangeliums“, hingegen kann derartige Kompromisse nie und nimmer eingehen, ohne ihre Eigenart aufzugeben. Sie formuliert so – vor allem im Gebot der Gewaltlosigkeit – sinnlose Zumutungen, es sei denn, wie Weber hinzufügt, für einen Heiligen.¹²

„Keine Ethik der Welt kommt um die Tatsache herum, dass die Erreichung ‚guter‘ Zwecke in zahlreichen Fällen daran gebunden ist, dass man sittlich bedenkliche oder mindestens gefährliche Mittel und die Möglichkeit oder auch die Wahrscheinlichkeit übler Nebenerfolge mit in den Kauf nimmt, und keine Ethik der Welt kann ergeben: wann und in welchem Um-

fang der ethisch gute Zweck die ethisch gefährlichen Mittel und Nebenerfolge ‚heiligt‘.“¹³

Nach Weber ist demnach eine christliche Ethik, die den Anforderungen des Politischen gerecht wird und zugleich ihr Proprium nicht preisgibt, grundsätzlich unmöglich. Nicht, ob (christliche) Ethik für die Politik bekömmlich ist, steht hier zur Debatte, sondern ob Christen als Christen überhaupt Politik machen können und sollen. Denn eine abwägende Ethik ist für Weber nicht mehr die Ethik des Evangeliums, und der ethische Kompromiss ist keine christliche Kategorie. Das biblische Hochethos duldet keine Abstriche, soll es seine prophetische Zeugnisfunktion nicht verlieren.

Die Frage, die sich daraus ergibt, ist in der Tat ernst zu nehmen: Wie viel an Kompromissen und Abwägungen verträgt christliche Politik, ohne sich selbst aufzugeben? Inwieweit kann und darf sich der Christ/die Christin mit den „dämonischen Kräften der Politik“ einlassen und den Einsatz von Gewalt mitverantworten? Politische Entscheidungen sind offenkundig mit verantwortungsethischen Abwägungen ebenso verbunden, wie mit dem Risiko, einzelnen Unrecht zu tun, ja Ungerechtigkeiten als Nebenfolge von als richtig erkannten Handlungen zu akzeptieren. Schwierige politische Situationen können zudem dazu führen, dass die Wahl des kleineren Übels die einzige realistische Alternative darstellt. Die Politikverträglichkeit christlicher Ethik stellt sich so bei Weber nicht von der der Politik eigenen Machtrationalität her, sondern von der dem Christentum eigenen Rationalität der Gewaltlosigkeit und Ablehnung von Unrecht.¹⁴

Beide Infragestellungen einer politischen Ethik – sei es aus der Sicht der Politik oder des christlichen Glaubens – bleiben jedoch, trotzdem sie als Anfragen ernst zu nehmen sind und ein gewisses Maß an Plausibilität besitzen, letztlich unbefriedigend. Zum einen, weil eine grundsätzliche Trennung von Ethik und Politik nicht nur unserem Gerechtigkeitsempfinden, sondern auch unseren alltäglichen Erfahrungen widerspricht. Politiker und Politikerinnen werden eben nicht nur und nicht einmal zuerst nach ihrer Fähigkeit beurteilt, ihre Macht zu mehren und zu erhalten, sondern danach, ob sie das Rechte tun. Auch wenn dies Raum lässt für inhaltlich unterschiedliche Positionen, gehen wir gleichsam intuitiv davon aus, dass Politik ethisch bewertet werden kann und muss – Ethik also politikverträglich ist.

Zum anderen zeigt dies auch die mediale Berichterstattung, wobei hier die Frage, wie viel Moral die Politik denn verträgt, noch am ehesten angebracht zu sein scheint. Die Kriterien, die billige Hochglanzjournale und Tageszeitungen an politische Akteure anlegen, sind vielfach moralisch hypertroph.

Der alltägliche Hausverstand bejaht also die Frage nach der Politikverträglichkeit von Moral bzw. Ethik, ebenso wie der Mainstream der politi-

schen Philosophie. Und es gibt auch nur wenige, die eine generelle politische Absenz der Christen befürworten würden. Der Grund dafür liegt im positiven Weltgestaltungsauftrag des christlichen Glaubens, mit dem auch die Einsicht verbunden ist, dass nicht nur das Tun, sondern auch das Unterlassen von Handlungen schuldhaft sein kann. Eine grundsätzlich ablehnende Position gegenüber dem politischen Engagement von Christen, wie sie auch heute bei Randgruppen zu finden ist, wäre demnach eher sektiererisch als christlich.

Zusammenfassend: Auf's Ganze gesehen scheint die Gefahr einer auch theoretisch legitimierten moralischen Trennung von Politik und Ethik und eine daraus folgende Prinzipienlosigkeit bzw. ein reiner Pragmatismus heute größer zu sein als die einer moralischen Überladung und Überforderung durch eine christliche Ethik oder Katholische Soziallehre. Anders gesagt: Die Einmahnung und Praxis der ethischen Dimension des Politischen bleibt eine wichtige Aufgabe sowohl der „Christen der Kirche“ als auch der „Kirche des Amtes“ (Karl Rahner). Dies gilt sowohl für einzelne politische Maßnahmen, als auch angesichts gegenläufiger Positionen für die grundsätzliche Frage einer prinzipiellen Vereinbarkeit von Politik und Ethik.

Es sei nur am Rande vermerkt, dass der Titel auch *pro futuro* gelesen werden kann. Europa ist aus historischen Gründen von den weltweiten Tendenzen zu einer religiös motivierten Politik (vor allem in den USA und den islamischen Staaten) noch kaum berührt. Man kann jedoch darüber spekulieren, ob dies so bleiben wird. Zwar steht die lange säkulare politische Tradition Europas einem Eindringen von Religion in den öffentlichen Raum eher entgegen, doch durch die Wiederkehr der Religion als politisches *Movens* in anderen Weltteilen könnte langfristig Säkularität als europäisches Spezifikum unter Druck geraten.

Die eigentliche Frage ist jedoch nicht ob, sondern wie sich Religionen oder religiöse Ethiken in den politischen Diskurs einbringen, was ihre Prinzipien sind und in welcher Weise sie diese durchsetzen. Die Frage lautet daher nicht: Ist Ethik politikverträglich?, sondern: Welche Ethik ist politikverträglich?

2. Anmerkungen zur christlichen Ethik bzw. Katholischen Soziallehre im österreichischen Kontext

Zuerst eine Vorbemerkung: Die Begriffe christliche Ethik und Katholische Soziallehre werden teils synonym gebraucht, teils auch mit unterschiedlicher Bedeutung. Meist meint christliche Ethik die wissenschaftliche Reflexion und Disziplin, die sich mit sozialen Themen befasst. Dabei gibt es verschiedene christliche Ethiken und auch in den einzelnen Konfessionen unter-

schiedliche ethische Traditionen und Argumentationsweisen, die wohl in den biblisch-theologischen Grundlagen und vielfach auch in den ethischen Schlussfolgerungen übereinstimmen, aber doch auch eigenständige Akzente in Inhalt und Methode setzen.¹⁵ Unter Katholischer Soziallehre wird heute meist die lehramtliche Sozialverkündigung der katholischen Kirche verstanden, die einen anderen Adressatenkreis, andere Ausdrucks- und Argumentationsformen, aber auch einen anderen Anspruch auf universalkirchliche Verbindlichkeit hat als die christliche Sozialethik als theologische Disziplin.

Nach dieser kurzen Begriffklärung nun einige Worte zum österreichischen Kontext. In Österreich war die katholische Kirche über Jahrhunderte als Kirche des Herrscherhauses Staatskirche mit einem entsprechenden Monopolanspruch in Wertfragen. Dies änderte sich erst mit der Heraufkunft des modernen Verfassungsstaates im 19. Jahrhundert. Allerdings blieb die österreichische Politik in der Folge – und dies gilt teils bis zur Gegenwart – in zwei weltanschauliche Lager gespalten. Die Grenzen zwischen diesen beiden „Reichshälften“ – das Wort erweckt zu Recht monarchische Reminiszenzen – wurden in den vergangenen Jahrzehnten zwar durchlässiger, prägen aber aufs Ganze gesehen bis heute die österreichische Politik. Die katholische Kirche wird im öffentlichen Bewusstsein traditionell dem Lager der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) zugeordnet. Dies obwohl der frühere Kardinal von Wien, Franz König (1905-2004), nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil die katholische Kirche mit seinem Anspruch auf Äquidistanz aus der parteipolitischen Umarmung zu lösen suchte. Die eigenständige kirchliche Positionierung in politischen und sozialen Fragen, die auch ethische Aspekte umschließen, ist inzwischen Realität geworden. Es gibt auch Politiker oder Politikerinnen in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), die sich als Christen bekennen, doch stellen sie noch immer eher die Ausnahme dar. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die sich inzwischen in zwei Parteien gespalten hat, suchte konservative Kräfte in der katholischen Kirche auf ihre Seite zu bringen (was ihr nur sehr begrenzt gelang). Die Grünen ziehen Katholiken an, die sich für Umweltfragen engagieren wollen und sozialkritisch eingestellt sind.

Was die katholische Kirche als Ganze betrifft, ist sie noch auf der Suche nach ihrem Ort in der pluralistischen Gesellschaft und Politik. Der alte Verbändekatholizismus ist starken Erosionsprozessen ausgesetzt, wie auch die Kirche selbst, was ihre aktiven Mitglieder betrifft, und neue Formen entstehen nur langsam. Dies führt gegenwärtig zu einer Diskrepanz zwischen hohen gesellschaftlichen Erwartungen und den realen kirchlichen Möglichkeiten. Die Erwartung, dass die Kirchen ethische Orientierungen geben, steigt auch deshalb, weil auch jene Zeitgenossen, die sich als nicht der Kirche zugehörig verstehen, diese als moralische Stimme und sozialen Akteur

durchaus anzuerkennen bereit sind. Der zunehmende ethische Reflexionsbedarf aufgrund der Erschütterung moralischer Sicherheiten durch (bio)technische Neuerungen, wachsende Multikulturalität und den durch die Individualisierung geförderten Wertepluralismus lassen nach Institutionen und Personen Ausschau halten, die eine ethische Begleitung dieser Prozesse, d.h. ihre humane Bewertung, vornehmen und neue Impulse geben können.

Eine Möglichkeit, diesen Erwartungen besser zu entsprechen, bildet die ökumenische Zusammenarbeit in sozialen Fragen, deren wichtigstes Resultat das 2003 verabschiedete Sozialwort des Ökumenischen Rats der Kirchen in Österreich darstellt.¹⁶ Diese soziale Ökumene verhilft der Kirche nicht nur zu größerer Glaubwürdigkeit (vor allem auch angesichts historischer Altlasten), sondern auch zu größerer Effizienz und zu einem neuen Image in der Öffentlichkeit. Dies hat das gemeinsame Auftreten der Kirchen beim österreichischen Verfassungskonvent in den letzten Jahren gezeigt.¹⁷

Die ökumenische Zusammenarbeit könnte somit neue Möglichkeiten erschließen, sowohl im Hinblick auf die Öffentlichkeit als auch angesichts jener binnenkirchlichen Tendenzen, die auf einen Rückzug in die Spiritualität als kirchlicher Kernkompetenz setzen. Eine derartige Spezialisierung mag angesichts schwindender Ressourcen und Mitgliederzahlen zwar verständlich sein, ist aber nicht zukunftsweisend: zum einen, weil sie den diakonischen Auftrag, der zum Wesen der Kirche gehört, ausblendet und damit auch die Pflicht, in sozialen Fragen Position zu beziehen. Zum anderen stellt das soziale Engagement und Eintreten für die Schwächeren jene humanistische Seite des Christentums in der Öffentlichkeit dar, die auch für Außenstehende verständlich ist. Die karitative Praxis, Sozialethik und Soziallehre ermöglichen so den Brückenschlag zwischen einem christlichen und einem säkularen Humanismus, die beide in Österreich weiterhin auf starke Resonanz stoßen.

Dies findet seinen Ausdruck auch in neuen Formen christlicher und kirchlicher Organisation, u.a. in Diskussionsforen, wie sie im Zuge der Konsultationsprozesse für das Sozialwort entstanden sind. Sie geben Menschen verschiedener weltanschaulicher Ausrichtung die Möglichkeit, sich an öffentlichen Diskursen zu beteiligen. Eine andere zukunftsweisende Form stellt die Zusammenarbeit mit nichtchristlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren dar, bei der kirchliche Institutionen entweder mitwirken oder eine Art Initiativ- und Kristallisationsfunktion übernehmen. Ein erfolgreiches Beispiel für ein derartiges ökumenisches und zivilgesellschaftliches Netzwerk ist das von der Katholischen Sozialakademie Österreichs, einer Einrichtung der Österreichischen Bischofskonferenz, gegründete „Netzwerk Armut“, das jährlich eine Armutskonferenz in Österreich organisiert. Ihm gehören eine Vielzahl von christlichen und nichtchristlichen Organisationen (u.a. Gewerkschaften) an. Sein Ziel ist es, die neuen Formen der Armut stärker ins öffentliche Bewusst-

sein zu bringen, ein effektives Lobbying für Arme und Armutsgefährdete zu betreiben und karitative Initiativen, die diese Ziele verfolgen, besser miteinander zu vernetzen. Ähnliche Foren und Netzwerke könnten auch in anderen humanitären Politikbereichen, wie der Migration, dem Umgang mit Gewalt, dem Rassismus und ähnlichen Fragen sinnvoll, ja notwendig sein, um so über die Zivilgesellschaft auf die gesellschaftlichen Werte, aber auch auf die Politik Einfluss zu nehmen. Der Umbau von einer Kirche, die vor allem mit dem Staat kooperierte, zu einer Kirche, die sich in der Zivilgesellschaft als Akteur behauptet, ist damit im Gange, aber noch nicht zur Gänze vollzogen.

3. Drei Funktionen einer christlichen Ethik der Politik: Klärung, Kritik und kreative Praxis

Nach *Gaudium et spes* ist es Aufgabe der Kirche, die „Zeichen der Zeit“ zu erforschen und im Lichte des Evangeliums zu deuten (GS 4). Dies verlangt zum ersten die Klärung des empirischen Sachverhalts, zum zweiten seine Beurteilung aus ethischer, d.h. humaner Sicht und seine Einordnung in den größeren heilsgeschichtlichen Zusammenhang im Blick auf das Wirken und den Willen Gottes. Es lohnt, die Stelle, in der diese theologische Konzeption beschrieben wird, ausführlich zu zitieren:

Im Glauben daran, dass es vom Geist des Herrn geführt wird, der den Erdkreis erfüllt, bemüht sich das Volk Gottes, in den Ereignissen, den Bedürfnissen und Wünschen, die es zusammen mit den übrigen Menschen unserer Zeit teilt, zu *unterscheiden*, was darin die wahren Zeichen der Gegenwart oder der Absicht Gottes sind. Der Glaube erhellt nämlich alles mit einem neuen Licht, enthüllt den göttlichen Ratschluß hinsichtlich der integralen Berufung des Menschen und orientiert daher den Geist auf wirklich humane Lösungen hin. [...] Von daher wird klarer in Erscheinung treten, dass das Volk Gottes und die Menschheit, der es eingefügt ist, in gegenseitigem Dienst stehen, sodass die Sendung der Kirche sich als eine religiöse und gerade dadurch höchst humane erweist. (GS 11)

Der Geist wirkt demnach in der Kirche, aber nicht nur in ihr. Die vorrangige Aufgabe der Christen und Christinnen ist es, zu unterscheiden, was die Absicht Gottes in dieser Zeit ist. Dies verlangt, die gesellschaftlichen Trends auf ihr humanes und d.h. ethisches Potential hin zu beurteilen. Der Text betont dabei die pneumatologische Komponente dieses Vorgangs der Unterscheidung. Dieser Ansatz für eine christliche Sozialethik findet sich in leicht abgewandelter Form in dem klassischen, vom Leiter der französischen Arbeiterjugend Cardijn zuerst formulierten Dreischritt: Sehen, Urteilen, Handeln. In analoger Weise spricht Paul M. Zulehner von Kairologie, Kriteriologie

und Praxeologie als den drei Grundvollzügen christlich-sozialen Denkens und Engagements und betont damit die Bedeutung des zeitgerechten Handelns.¹⁸ Ich möchte sie hier als Klärung, Kritik und kreative Praxis bezeichnen.

Klärung

Die möglichst objektive Klärung der Sachlage ist angesichts der zunehmenden Komplexität aller Lebens- und Politikbereiche schwierig und anspruchsvoll zugleich. Die Vorarbeit von sozialwissenschaftlichen Instituten und Politikberatungsinstitutionen ist notwendig, um ausgehend von der vorgegebenen Situation Handlungsalternativen aufzuzeigen. Traditionell wird in der Katholischen Soziallehre die Sachgemäßheit betont. Dies hat darin seine Berechtigung, dass eine verantwortliche und möglichst genaue Klärung des Sachverhalts die Voraussetzung für ethisch richtige Entscheidungen bildet. Sie darf jedoch nicht so verstanden werden, als ob es jeweils nur eine richtige politische Lösung gäbe. Denn dies ist offenbar nicht der Fall. Die Komplexität und Verflochtenheit der Sachfragen erhöhen heute vielmehr die Risiken und erschweren die Entscheidungsfindung. In die Situationsbeurteilungen gehen überdies – teils auch weltanschauliche – Prämissen ein, die die Sicht der Handlungsalternativen präfigurieren. Dies gilt heute vor allem im wirtschaftlichen Bereich, wo ein liberalistisches Credo vielfach der Klärung der Sachlage vorausgeht und sie teils auch verzerrt. Sachgemäßheit bedeutet demnach die Bereitschaft zu einer möglichst genauen und objektiven Klärung des jeweiligen Sachverhalts, ohne dass damit ein Anspruch auf absolute Richtigkeit verbunden wird. Die aktive Rolle und der Entscheidungsrahmen des Politikers oder der Politikerin werden so unter den gegenwärtigen Umbruchsbedingungen nicht kleiner, sondern größer. Dies soll deshalb betont werden, weil eine undifferenzierte Rede von der sachgemäßen Entscheidung den existierenden Trend hin zu einer Expertentechnokratie verstärken kann. Diese führt dazu, dass Politiker ihre Verantwortung an selbst ausgewählte Experten abgeben, um Risiken und ihre Verantwortung zu verringern und vor allem unpopuläre Entscheidungen durch Expertenmeinungen abzufedern. Der teure Zukauf der richtigen Expertise (vielfach unter Umgehung der Bürokratie) ist zu einer neuen Form des Missbrauchs politischer Macht geworden.

Klärungsbedarf besteht angesichts philosophischer Positionen, die die Möglichkeit von Ethik bestreiten, auch auf der Theorieebene. Es gilt demgemäß, Gerechtigkeitsfragen im Diskurs präsent zu halten und wichtige Grundbegriffe aufzuschlüsseln, aber auch ideologiekritisch Einseitigkeiten aufzuzeigen, die angesichts von wissenschaftlichen Spezialisierungen in den aktuellen Debatten unterzugehen drohen. Auch in Lehrveranstaltungen zeigt

sich, dass ein (sozial)ethischer Zugang zu Fragen, wie Solidarität, Menschenrechte, Umweltfragen nicht vorausgesetzt werden kann, sondern ethische Perspektiven erst erarbeitet werden müssen.¹⁹

Kritik

Basierend auf der sachlichen Klärung geht es um eine ethische Beurteilung bzw. Kritik. Das Wort wird hier in seinem ursprünglichen von *krinein* (griechisch unterscheiden) abgeleiteten Sinn verwendet. Dies ist deshalb hervorzuheben, da sich im allgemeinen Wortgebrauch eine gewisse Schiefelage dadurch eingeschlichen hat, dass Kritik ausschließlich im Sinne einer Ablehnung verstanden wird. Das Ziel des kritischen Urteils ist die Einsicht in das „wahrhaft Menschliche“ (GS 1). Dies kann im Blick auf die vorgegebene Situation zu einer Affirmation des *status quo* führen, aber auch zur Forderung nach grundlegenden Reformen um eines menschenwürdigen Lebens für alle willen. Christlich gesprochen gehört es zum prophetischen Auftrag der Kirche, die gesellschaftliche und politische Situation daraufhin zu beurteilen, ob sie dem Menschen als Person und seinen Bedürfnissen gerecht wird und dort Anklage zu erheben, wo dies nicht der Fall ist. Die Leitwerte der katholischen Sozialethik als mittlere Axiome sollen dafür die notwendige Hilfe bieten. In ihnen konkretisiert sich die übergeordnete Maxime, dass der Mensch „Träger, Schöpfer und Ziel“ sozialer Ordnungen ist und sein soll (*Mater et magistra* 219). Diese Rückfrage nach dem Wohl der Person und ihrer Würde stellt dann vor die weitere Frage, ob konkrete politische Maßnahmen dem allgemeinen Wohl, der Solidarität mit den sozial Schwächeren (Option für die Armen) und der Subsidiarität bzw. der Nachhaltigkeit und der Versöhnung dienen.²⁰ Die Nachhaltigkeit als zusätzliches Sozialprinzip ist nicht nur deshalb notwendig, weil ökologische Schäden schwer wiegende Folgen für das Wohlbefinden vor allem auch der ärmeren Bevölkerungsschichten haben. Darüber hinaus kommt der Schöpfung aus christlicher Sicht ein Eigenwert zu, der nicht in ihrem Wert für den Menschen aufgeht. Die Einführung der Versöhnung als eigenem Leitwert betont die Prozesshaftigkeit des politischen Handelns in der Zeit, aber auch, dass diese Zeit selbst auf Vollendung hin angelegt ist. Solidarität und Gemeinwohl sind demnach keine statischen Kategorien, sondern sie zielen auf eine versöhnte und gerechte Welt, einen „neuen Himmel und eine neue Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt.“ (1 Petr 3,13). Diese eschatologische Dimension kann dem Handeln einen weiteren Horizont, aber auch eine neue Freiheit geben und es zudem gegen alle Resignation wappnen, die angesichts des Zerbröckelns des Fortschrittsdenkens und der daraus resultierenden Frage nach der Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns eine reale, meist noch durch Pragmatismus überspielte, Gefahr darstellt. Die ethische Reflexion anhand von Prinzipien als Maßstä-

ben verhilft dazu, Entscheidungen nicht nur aus pragmatischen oder strategischen Überlegungen zu treffen, sondern – unter Einbeziehung des Machtaruments – sie aus einer humanen oder Gemeinwohlperspektive verantwortlich zu reflektieren. Trotz aller komplexitätsbedingten Ungewissheiten und Risiken des Politischen, macht es doch einen wesentlichen Unterschied, ob die Frage nach dem Menschengerechten als eigenständig anerkannt und in das Denken integriert wird. Dies gilt nicht nur für Politiker und Politikerinnen, sondern für alle Christen und Christinnen, die als Bürger demokratischer Staaten die Möglichkeit und damit auch die Pflicht zur verantwortlichen Partizipation haben (vgl. Österreichisches Sozialwort 316).

Ethik dispensiert selbstverständlich nicht von der möglichst genauen Folgekalkulation und dem vorausgehenden Sachwissen. Doch die Gefahr, in eine derartige gesinnungsethische Falle zu tappen, ist heute auch bei christlichen Politikern nicht sehr groß. Zu fragen ist vielmehr, ob der Wechsel der Blickrichtung hin auf eine ethische Perspektive immer gelingt. Das Wissen darum, vor Gott verantwortlich zu sein, sollte das Verantwortungsgefühl gegenüber dem Nächsten in der Politik nochmals stärken und vertiefen.

Kreative Praxis

Eine kreative politische Praxis ist angesichts der rasanten Umbrüche in allen Lebensbereichen gefordert. Dazu braucht es politische Visionen, ebenso wie den Mut und die Kreativität, sie Schritt für Schritt zu verwirklichen. Jean Monnet, einer der Baumeister der europäischen Einigung, spricht in seinen noch immer lesenswerten Memoiren von Europa als einer politischen, ja einer moralischen Vision.²¹ Derartige langfristige Perspektiven, die immer auch ethische Ziele beinhalten, machen den eigentlichen Gemeinwohlcharakter der Politik aus. Sie stehen nicht im Gegensatz zu einer an Prinzipien als Handlungsmaximen orientierten Politik, sondern geben dieser ihre Zukunftsperspektive.

Eine derartige Suche nach neuen Wegen ist jedoch nicht nur die Aufgabe staatlicher Politik, sondern sollte vor allem auch von zivilgesellschaftlichen und damit auch christlichen Organisationen vorangetrieben werden.

Wenn Max Weber meint, dass es keine christliche Ethik gemäß der Bergpredigt als politische Ethik geben kann, dann kann dies auch dahin gehend ausgelegt werden, dass es über das politische Engagement von Christen und Christinnen in der Demokratie (und auch sonst) auch Formen eines zeugnishaften und zugleich zukunftsweisenden Handelns geben kann und muss. Sie können nicht an die Stelle staatlicher Politik treten. Sie bilden in demokratischen Gesellschaften jedoch ein wichtiges Korrektiv, insofern sie Positionen vertreten, die das angezielte Resultat vorwegnehmen²² und so der Politik die Richtung geben. Das große Plus einer liberalen, pluralistischen Gesellschaft

und Politik ist es ja gerade, dass sie derartige Sonderpositionen mit Verweischarakter zu akzeptieren vermag. Diese tragen zudem zur Wandlung gesellschaftlicher Einstellungen, Haltungen und Werte, auf die der demokratische Staat verwiesen ist und die er selbst nicht schaffen kann – so das bekannte „Paradoxon“, das der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde²³ formulierte, bei. Dass dieses Einwirken auf die Gesinnung eine vorrangige Aufgabe der Religion ist, artikuliert auch der so genannte World Governance Report: Die „wichtigste Änderung, die Menschen machen können und müssen, ist die Art, wie sie die Welt sehen. Wir können unsere Arbeit, unsere Nachbarschaft, sogar die Länder und Kontinente wechseln, und doch immer die gleichen bleiben. Aber wenn wir unsere Sichtweise ändern, dann ändert sich alles – unsere Vorlieben, unsere Werte, unsere Urteile, unsere Unternehmungen. In der Geschichte der Religion war es immer wieder dieses Aufbrechen neuer Vorstellungen, das den Beginn neuen Lebens brachte [...] eine Wandlung, durch die Menschen lernten, mit neuen Augen zu sehen und ihre Energien neuen Lebensformen zuzuwenden.“²⁴

Diesen Wandel zu initiieren, ist eine wesentliche Aufgabe der Christen und Christinnen, die dem politischen Handeln vorausliegt und es zugleich trägt. Die christlichen Orden, aber auch andere Lebensgemeinschaften und Institutionen waren in der Geschichte der Kirche immer wieder Zeichen dafür, dass gesellschaftliches Leben der Neuordnung von innen her bedarf. Sie stellten ihrer jeweiligen Zeit neue Lebensformen vor, um anstehende humane Herausforderungen zu bewältigen. Beispiele aus neuerer Zeit sind das in Kontemplation und Arbeit mit den Ärmsten geteilte Leben in den Gemeinschaften von Charles de Foucauld, das Zusammenleben von Behinderten und Nichtbehinderten in den von Jean Vanier gegründeten Arche-Gemeinschaften oder die wechselseitige Unterstützung von Menschen, die sozial an den Rand geraten sind, in den Emmaus-Gemeinschaften von Abbé Pierre. Diese und ähnliche Zusammenschlüsse, aber auch die Mitwirkung von Christen in zivilgesellschaftlichen Organisationen erfüllen so eine wichtige politische Funktion, insofern hier konkret wird, wie die Menschenwürde in schwierigen Situationen gewahrt werden kann. Sie zeigen Wege zu einem neuen und menschenwürdigen Lebensstil auf und leben dabei auch die dringend notwendige Relativierung des materiellen Besitzes. Kurz, sie zeigen zeichen- und zeugnishaft, in welche Richtung sich unsere Gesellschaften human weiterentwickeln sollen und müssen. Sie stellen so jenen Sauerteig oder jenes Salz dar, das nach dem Evangelium für das gesellschaftliche und auch politische Leben notwendig ist, soll es nicht schal werden.

Diese Bewusstseinsbildung oder Gesinnungsreform als Voraussetzung von politischem Handeln im engeren Sinn vollzieht sich selbstverständlich nicht nur im kirchlichen Bereich. Es gibt auch viele nationale oder internati-

onale Organisationen, die sich aus säkular-humanistischer Intention für Anliegen wie Menschenrechte, Umweltfragen, soziale Randgruppen einsetzen. Die Zivilgesellschaft bildet so gleichsam den Humus des Politischen und ist in eine christliche politische Ethik einzubeziehen.

4. Christliche Ethik: Individuelle Verantwortung im politischen Prozess und Einsatz für politische Ziele

Bei einer Tagung Anfang April in Salzburg stellten die anwesenden Politiker übereinstimmend fest, dass es heute nicht eine christliche Politik (im Sinne von Parteipolitik) braucht, sondern christliche Politiker. Dies regt dazu an, einmal darüber nachzudenken, wie denn ein „Politikerspiegel“, der der gegenwärtigen Situation entspricht, aussehen könnte. Denn so unverzichtbar strukturethische Debatten sind, so besteht doch gegenwärtig die Tendenz, die individualethische Komponente zu gering zu werten. Der britische Autor C. S. Lewis hat für das Verhältnis von Individual- und Sozialethik einmal die treffende Metapher vom Schiff und der Flotte verwendet:²⁵ Ersterer geht es um die Seetauglichkeit des einzelnen Schiffs, letzterer um die Flottenformation – wobei diese offenbar ohne gut in Stand gehaltene Schiffe schnell an ihre Grenzen gerät. Man kann daher zu Recht die Frage stellen, was einen christlichen Politiker eigentlich ausmacht. Ohne dass die folgende Aufzählung den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, scheinen folgende Grundeinstellungen wichtig zu sein:

- Die Fähigkeit und Bereitschaft, wohlüberlegte und verantwortliche Entscheidungen zu treffen. Sie sollen sich zuerst am Gemeinwohl und erst dann an Parteiinteressen orientieren. Zu dieser Haltung gehört es auch, dass man notfalls bereit ist, Nachteile hinsichtlich des Erhalts der Macht in Kauf zu nehmen bzw. zu riskieren, wenn dies von der Sache her gefordert ist. Es stellt zweifellos eine der größten Schwächen der Demokratie dar, dass die Verfolgung langfristiger Ziele sich machtpolitisch vielfach nicht auszahlt. Der Zeithorizont verengt sich auf diese Weise auf die jeweilige Legislaturperiode. Dies ist solange erträglich, als *business as usual* gefragt ist. Eine derartige Kurzzeitpolitik hat jedoch höchst negative Folgen, wenn es Langzeitstrategien und kurzfristig eher unpopuläre Maßnahmen braucht, um Reformen durchzusetzen. Dies zeigt sich im Umweltbereich ebenso wie im Sozialbereich und der Abstimmung der Politik in globalen Fragen und im europäischen Kontext.

- Der Mut, die Bürger als mündige und verantwortliche Personen mit Hausverstand ernst zu nehmen und sie nicht aus opportunistischen Gründen moralisch zu unterfordern. Ein einseitiger Appell an den Eigennutz, wie er in

der Politik üblich geworden ist, deformiert die Motivationsstruktur der Bürger und verringert so das Potential für Solidarität, statt es zu vergrößern. Er führt aber auch zu einem bedenklichen Verschwinden des moralischen Arguments in der Politik überhaupt. Politiker sprechen kaum mehr offen aus, dass diese oder jene Maßnahme aus Gründen des Gemeinwohls und der Solidarität getroffen wird, und dies vielleicht trotzdem sie innerlich davon überzeugt sind. Ein instruktives Beispiel für die negativen Folgen eines derartigen allein am Eigeninteresse orientierten politischen Diskurses ist die gegenwärtige Situation der Europäischen Union. Die Insistenz, dass diese jedem Mitgliedsland und jedem Bürger auch kurzfristig Vorteile bringen wird und muss, hat zu einem hohen Maß an Euroskepsis geführt. Dem hätte man politisch von Anfang durch eine Betonung des Gemeinwohlarguments entgegenwirken müssen, statt dieses – auch kurzfristige – Denken durch die Ausklammerung des moralischen Arguments noch zu fördern.

- Der Mut, Moral von sich und von anderen zu fordern. Politiker, deren Motto jeden Tag ein Tabubruch ist (so ein deutscher Politiker, aber es gibt ähnliche Tendenzen in Österreich), können das politische Klima nachhaltig schädigen. Jeder, der in der Öffentlichkeit steht, muss damit rechnen, dass sein Verhalten anderen zur Orientierung und zum Vorbild dient. Populisten mit locker herabsetzendem Jargon leisten einer Verlotterung der Sprache und damit auch der Politik Vorschub. Wenn eine verunglimpfende und polarisierende Sprache salonfähig wird, diskreditiert dies letztlich die Politik in der Öffentlichkeit und wirkt damit negativ auf die Demokratie zurück. Populistische Bewegungen setzen zudem Moral strategisch zur Kritik am Gegner ein und vermarkten zugleich zynisch ihre eigene Morallosigkeit als politische Flexibilität. Derartige heuchlerische Positionen zerstören das moralische Klima und die Öffentlichkeitsfähigkeit des moralischen Arguments.

- Der Mut und die Fähigkeit, kritisch abzuwägen, welche Institutionen, Gesetze usw. zu erhalten und welche zu ändern sind. Die Tendenz, Reformen um der Reformen willen zu initiieren, ist in sich bedenklich. Bereits das Wort Reform scheint zu signalisieren, dass politisch sinnvoll gehandelt wird. Die Frage nach Inhalt und Kosten der Reformen wird oft übersehen oder heruntergespielt. Wer sich ihnen widersetzt, wird als reformunwillig verunglimpft. Der Wandel als Selbstzweck entspricht einem gesamtgesellschaftlichen Trend, der ein eigenartiges Echo des Fortschrittsdenkens darstellt. Doch das Spezifikum von Politik ist es, sich der Frage nach dem Wozu der Reformen, ihren materiellen und immateriellen Kosten und den Chancen für eine wirkliche Verbesserung der Lage verantwortlich zu stellen. Denn ein politischer Reformismus wirkt sich auch auf die Qualität der Gesetze aus, die vielfach schlecht formuliert sind und damit dem Rechtsstaat und Rechtsempfinden schaden. Es braucht heute einen recht verstandenen Konservativismus, der

das Erhaltenswerte erkennt und erhält. Doch eben hier liegt das Problem. Das Übermaß an Reformen scheint manchmal die Unbestimmtheit der Ziele zu verschleiern. Vom österreichischen Kabarettisten Karl Qualtinger stammt der Satz: „Ich weiß nicht, wohin ich fahre, aber dafür bin ich umso schneller dort.“ Ein zielloser Fortschritt widerspricht jedoch der politischen Verantwortung. Vielmehr gilt, wie der Theologe Teilhard de Chardin einmal formuliert hat: „Fortschritt bedeutet menschlicher werden oder er bedeutet nichts.“²⁶ Jeder echte Fortschritt ist so auf ethische Ziele verwiesen, die von den Politikern in die Politik einzubringen sind. Dies setzt eine gewisse Entschleunigung voraus, ein Innehalten, das erst jenen Freiraum schafft, in dem Gewissensentscheidungen möglich sind.²⁷

- Der Mut und die Bereitschaft, Irrtümer auch zuzugeben und den politischen Gegner nicht um rein strategischer Parteiinteressen willen zu beschuldigen. Bekanntlich nehmen die Politik- und Demokratieverdrossenheit in erschreckendem Maße zu. Dies zeigt unter anderem, dass die politische Alltagspraxis von vielen als substanzlos empfunden wird, und ein kritiksüchtiger Politikstil, dem es weniger um die Sache als um den Angriff auf den politischen Gegner geht, demokratiepolitisch negativ wirkt. Sich einem derartigen Stil zu widersetzen, scheint eine wesentliche Aufgabe christlicher Politiker.

Im Anschluss an diesen Politikerspiegel sollen einige Politikbereiche genannt werden, die für Österreich besonders wichtig sind. Die Auswahl ist subjektiv, soll jedoch als Anregung zur Diskussion dennoch vorgenommen werden:

- Die Sozialpolitik: Anpassungen im Sozialsystem sind sowohl aufgrund des demographischen Wandels als auch der noch nicht absehbaren Globalisierungsfolgen notwendig geworden. Die zentrale politische Aufgabe ist, diese Reformen so zu gestalten, dass die sozial Schwächeren nicht weiter an den Rand gedrängt werden. Eine verantwortliche Politik bedeutet hier, nicht nur die eigenen Wählerschichten zu bedienen, z.B. durch populistisch motivierte Steuersenkungen trotz bestehender Budgetdefizite. Die vom Subsidiaritätsprinzip geforderte Förderung der Eigenverantwortlichkeit einzelner und kleiner Gruppen darf dabei nicht im Gegensatz zur solidarischen Verantwortung für ein menschenwürdiges Leben aller verstanden werden. Seine Verwirklichung bleibt die Aufgabe des für das Gemeinwohl zuständigen Staates, der auch die dafür notwendigen öffentlichen Güter bereitzustellen hat. Gerade hier fehlt es bisher an einer öffentlichen Debatte, die der Bedeutung des Themas entspricht. Diese staatlichen Aufgaben können auch nicht an die Bürgergesellschaft delegiert werden. So wichtig für eine Demokratie ein möglichst hoher Grad an Partizipation an sich ist, so kann sie nicht ein staatlich fundiertes Sozialsystem ersetzen.²⁸

- Die Immigrationspolitik: Sie ist zu einem zentralen Politikbereich geworden – oder dies sollte wenigstens so sein. Denn bisher fehlt es an klaren politischen Positionen. Österreich ist in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem Einwanderungsland geworden. Diese Tatsache anzuerkennen, fällt den politischen Parteien schwer, da sie in den Sog der populistischen Rhetorik geraten sind. Damit kommt es aber auch nicht zu den politisch notwendigen Anpassungen, wie Einwanderungsquoten, asylrechtliche Bestimmungen und Integrationsmaßnahmen. Es sollte auch ein politisches Ziel sein, hier aufklärend zu wirken, um die neue Lage vor allem älteren Menschen zu erklären.

- Die Umweltpolitik: Umweltschäden stellen eine Langzeitherausforderung für Industriegesellschaften dar. Gerade in diesem Politikfeld zeigt sich, dass es den Druck von zivilgesellschaftlichen Akteuren braucht, damit gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Umwelt gezielt durchgesetzt werden. Gleiches gilt für die Entwicklungspolitik oder besser eine Politik des weltweiten Sozialausgleichs.

- Eine Europapolitik, die die Europäische Union als Friedens- und Solidaritätsprojekt versteht und den Bürgern und Bürgerinnen jenes Maß an inner-europäischer Solidarität zumutet, ohne die die Tiefenintegration der Union langfristig nicht möglich ist. Über die Europäische Union sind auch Positionen im Hinblick auf die Globalisierung einzubringen, die dem entgegenwirken, was Ulrich Beck als Globalismus bezeichnet hat.²⁹ Er nennt so eine Politik der globalen Deregulierung, für die sich Gerechtigkeit in der Schaffung globaler Märkte erschöpft und die die soziale und ökologische Dimension weitgehend ausblendet.

Es scheint heute manchmal, dass die Vielzahl der Umbrüche die Politik überfordert. Einfache Lösungen, wie sie oftmals erwartet und versprochen werden, sind, je größer der Wandel ist, umso weniger zu erwarten. Eine christliche Sozialethik und Katholische Soziallehre sollten daher die grundlegende Aussage des Zweiten Vatikanischen Konzils im Auge behalten, wonach Christen legitimerweise bei gleicher Gewissenhaftigkeit in Sachfragen zu einem anderen Urteil kommen können (GS 43). Dieser binnenkirchliche Pluralismus ist nicht nur in sich selbst notwendig, sondern kann in der gegenwärtigen Situation auch einen wichtigen Beitrag zu einer menschengerechten Politik leisten. Denn die Politikverträglichkeit von Ethik bzw. die ethische Dimension in der Politik theoretisch und praktisch zu wahren, wird in den kommenden Jahrzehnten eine zentrale Aufgabe der demokratischen Staaten sein.

Zusammenfassung: Der Titel des Beitrags spiegelt eine Grundfrage der politischen Theorie seit der Antike wider: Ob und wie Ethik und Politik zusammen hängen. Eine rein machtpragmatische Sicht (Sophisten, Machiavelli, Luhmann) bleibt hier ebenso unbefriedigend, wie eine christliche Sicht, die die Beschäftigung mit Politik grundsätzlich ablehnt,

weil sie dem Gewaltverbot des Evangeliums widerspricht. In der Folge werden drei Grundfunktionen einer christlichen Ethik der Politik formuliert: Klärung, Kritik und kreative Praxis. Klärung verlangt eine profunde, möglichst ideologieresistente Sachkenntnis, Kritik die Fähigkeit zur humanen und d.h. ethischen Unterscheidung und eine kreative Praxis den Mut, diese Ziele und Einsichten in einer Umbruchszeit ohne Gleichen umzusetzen. Den ethischen Grundeinstellungen der Politiker und Politikerinnen kommt dabei besondere Bedeutung zu. Sie müssen bereit sein, für ihre Entscheidungen Verantwortung zu übernehmen und sollten den Verantwortungssinn und die Solidaritätsbereitschaft der Bürger und Bürgerinnen fördern. Am Schluss des Beitrags werden als wichtigste Politikbereiche für Österreich und Europa Sozialpolitik, Migrationspolitik, Umweltpolitik und Europapolitik skizziert.

Summary: The title of this article reflects one of the main questions of political theory since antiquity: Whether and how ethics and politics are related. Thereby a purely pragmatic approach (Sophists, Machiavelli, Luhmann) must remain as unsatisfactory as a Christian position, which out of principle rejects the engagement in politics, because it conflicts with the gospel commandment of non-violence. In view of this three main functions and prerequisites of a Christian political ethics are formulated: clarification, criticism and creative practice. Clarification requires a profound knowledge of the facts, which resists ideological shortcuts, criticism the ability to pass humane, that is ethical, judgements and a creative practice should include the courage, to realize one's main aims in a time of unprecedented change. Thereby the ethical attitudes of politicians are of greater importance than ever. They have to be ready to take responsibility for their decisions and they should further the ability to take responsibility and act in solidarity of their citizens. At the end of the article main areas of politics relevant in Austria and in Europe today (social politics, politics of migration, environmental politics and European politics) are outlined.

Sumario: El título del artículo refleja una cuestión fundamental de la teoría política desde la antigüedad, es decir, si existe y cómo la conexión entre ética y política. Una mera visión pragmática del poder (sofistas, Machiavelli, Luhmann) es tan poco aceptable como una visión cristiana que rechaza en principio ocuparse de la política porque ésta contradice el mandamiento evangélico de renunciar a la violencia. El artículo presenta tres funciones fundamentales de una ética cristiana de la política: esclarecimiento, crítica y praxis creadora. El esclarecimiento exige un profundo conocimiento de la realidad, que debería ser resistente a la ideología; la crítica exige la capacidad del discernimiento humano, es decir, ético; y la praxis creadora requiere finalmente el coraje de llevar a la práctica dichas metas y opiniones en un mundo cambiante como nunca. Para ello, las posiciones éticas de los hombres y las mujeres en la política son especialmente importantes. Tienen que estar dispuestos a asumir la responsabilidad de sus decisiones, y deberían fomentar el sentido de la responsabilidad y la capacidad de solidaridad de la ciudadanía. Al final del artículo se esbozan la política social, la política de migración, la política del medio ambiente y la política europea como los campos políticos más importantes para Austria y Europa.

Anmerkungen

Mit Ethik wird im Allgemeinen die Reflexionstheorie von Moral als gelebter Praxis bezeichnet. Moral und Ethik gehen nicht ineinander auf, sind jedoch aufeinander bezogen.

- ² So Oswald von Nell-Breuning, der den Entwurf für die Enzyklika erstellte, vgl. *Oswald von Nell-Breuning*, *Wie sozial ist die Kirche?*, Düsseldorf 1972, 134.
- ³ *Georg. W. F. Hegel*, *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, Frankfurt 1970, 503 (§ 340).
- ⁴ Dies umso mehr, wenn man bedenkt, dass der bekannte österreichische Staatsrechtler Adolf Merkl im Jahr 1932 ein Buch unter dem Titel *Kallikles* veröffentlichte.
- ⁵ So *Martin Ruse*, *Ethik der Evolution*, in: *Kurt Bayertz* (Hg.), *Evolution und Ethik*, Stuttgart 1993, 163.
- ⁶ *Niccolo Machiavelli*, *Der Fürst*, aus dem Italienischen übertragen von Ernst Merian-Genast, mit einer Einführung von Hans Freyer, Stuttgart 1961, 15. Kapitel, 95.
- ⁷ *Niccolo Machiavelli*, *Discorsi*. Gedanken über Politik und Staatsführung (Deutsche Gesamtausgabe übersetzt, eingeleitet und erläutert von Rudolf Zorn), Stuttgart 1966, II, 2, 171, 172.
- ⁸ Die wichtigsten Vertreter des vor allem in den USA beheimateten politischen Realismus in der Politikwissenschaft sind Hans Morgenthau und Henry Kissinger.
- ⁹ Vgl. vor allem *Niklas Luhmann*, *Paradigm lost: über die ethische Reflexion der Moral*, Frankfurt 1990.
- ¹⁰ *Max Weber*, *Politik als Beruf*, in: *ders.*, *Gesammelte Politische Schriften*, Tübingen ⁵1988, 505–560, 551ff.
- ¹¹ *Weber*, *Politik* (Anm. 10), 550.
- ¹² *Weber*, *Politik* (Anm. 10), 551ff.
- ¹³ *Weber*, *Politik* (Anm. 10), 550.
- ¹⁴ In der christlichen Tradition wurde das Problem zwar erkannt, aber ständespezifisch gelöst (Kleriker und Mönche waren vom Kriegsdienst ausgenommen). Allerdings konnten auch Politiker (oder besser Fürsten) heilig gesprochen werden. Wenn man von der nicht ganz glücklichen Seligsprechung des letzten österreichischen Kaisers Karl I. im Jahre 2005 absieht, dann ist diese Praxis etwas außer Mode gekommen. Als Indiz für eine grundsätzliche Position der Kluft zwischen Politik und christlicher Ethik wäre dies bedenklich.
- ¹⁵ Vgl. *Ingeborg Gabriel/Alexandros K. Papaderos/Ulrich H. J. Körtner*, *Perspektiven ökumenischer Sozialethik. Der Auftrag der Kirchen im größeren Europa*, Ostfildern ²2006. Der Band stellt die konfessionell geprägten Zugänge der orthodoxen, katholischen und evangelischen Sozialethik erstmals synoptisch dar.
- ¹⁶ Zu Text und aktueller Information vgl. www.sozialwort.at. Der Entstehungsprozess ist ausführlicher beschrieben von *Alois Riedlsperger*, *Das politisch-soziale Engagement der Kirchen in Österreich. Initiative und Durchführung des Ökumenischen Sozialworts*, in: *Ingeborg Gabriel/Franz Gassner* (Hg.), *Solidarität und Gerechtigkeit. Ökumenische Perspektiven*, Ostfildern 2007.
- ¹⁷ *Raoul Kneucker*, *Die Rolle und die Positionen der Kirchen im Österreich-Konvent*, in: *Gabriel/Gassner*, *Solidarität und Gerechtigkeit* (Anm. 16).
- ¹⁸ *Paul M. Zulehner*, *Pastoraltheologie. Fundamentalpastoral*, Düsseldorf ²1991.

- ¹⁹ Ich komme zu diesem Befund anhand von Aufsätzen, die ich jeweils 100 Studierenden von bisher drei Jahrgängen zum Thema Was ist Ethik? und Gibt es eine allgemeingültige Ethik? verfassen lassen habe.
- ²⁰ Vgl. *Ingeborg Gabriel*, Grundzüge und Positionen katholischer Sozialethik, in: *Gabriel/Papaderos/Körtner*, Perspektiven (Anm. 10), 193-205.
- ²¹ *Jean Monnet*, Memoiren eines Europäers, Baden-Baden 1988, 497.
- ²² Dieses Argument bringt John Rawls, um die Wehrdienstverweigerung zu legitimieren, vgl. *John Rawls*, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt ⁸1994, 418.
- ²³ *Ernst-Wolfgang Böckenförde*, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: *ders.*, Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt 1976, 42-64, 54.
- ²⁴ *The Report of the Commission on Global Governance, Our Global Neighbourhood*, Oxford 1995, 47 (deutsche Ausgabe: *Nachbarn in einer Welt: der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik*, hg. von der *Stiftung Entwicklung und Frieden*, Bonn 1995).
- ²⁵ *Clive S. Lewis*, Mere Christianity, San Francisco 2000 (Original 1952), 71.
- ²⁶ *Pierre Teilhard de Chardin*, Sur le progrès (unveröffentlichtes Manuskript), zitiert nach *Thomas Broch*, Das Problem der Freiheit im Werk von Teilhard de Chardin, Mainz 1977, 326.
- ²⁷ Anlässlich einer Podiumsdiskussion mit Parteienvertretern zum Thema Theologie und Politik an der Wiener Universität betonten alle Teilnehmer, dass das Fehlen dieser Reflexionszeit das größte Manko in der heutigen Politik darstellt, vgl. *Ingeborg Gabriel/Christa Schnabl/Paul M. Zulehner* (Hg.), Einmischungen. Zur politischen Relevanz der Theologie, Ostfildern 2001, 173-185.
- ²⁸ In diese Richtung eines republikanischen Ideals argumentiert *Andreas Khol*, Durchbruch zur Bürgergesellschaft. Das republikanische Ideal von mündigen Bürgern als Vision für das 21. Jahrhundert, Wien 1999.
- ²⁹ *Ulrich Beck*, Was ist Globalisierung? München 1997, 26f.